

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Der **Versandhandel mit Arzneimitteln** und die bessere **steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen** sind Themen auf Seite 2.

Um **Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß** geht es im Kommentar von Rolf Schwanitz auf Seite 2.

Erlebnisreiche Tage in Berlin werden auf Seite 3 geschildert. Außerdem zeigt Rolf Schwanitz hier **Flagge gegen Rechts**.

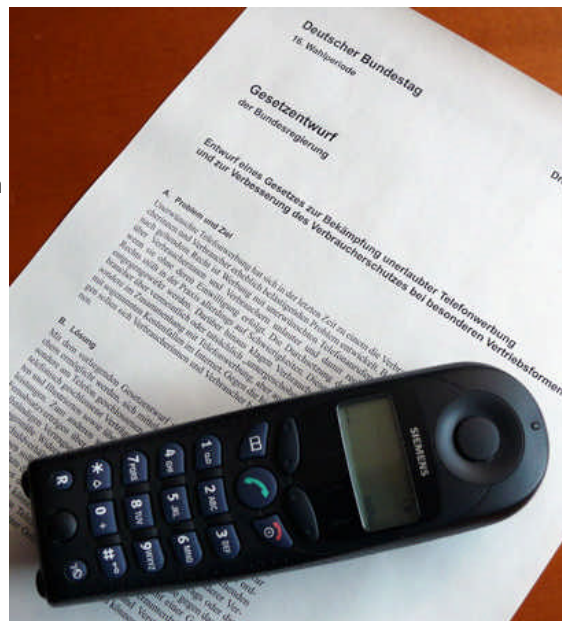
Auf Seite 4 stellt die **sächsische SPD** die Weichen für die **Wahlen**. Daneben wird auf dieser Seite über eine gemeinsame **Aktion des Buchhandels, der Bibliotheken und des Bundesgesundheitsministeriums** berichtet.

Um **Änderungen im Arzneimittel- und Medizinprodukterecht** geht es auf Seite 5. Hier wird auch über die Frage, ob **Geld** tatsächlich **Tore schießt**, debattiert.

Auf der letzten Seite stellt sich der **SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis 4 - Vogtland 3, Andreas Oberlein**, vor. Und die **frechen Strolche** beschäftigen sich mit der **Finanzkraft von FDP-Mitgliedern beim politischen Aschermittwoch**. Auch die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden.

Klare Rechte gegen "Werbeterror per Telefon"

Am Telefon abgeschlossene Verträge können künftig generell innerhalb von 14 Tagen widerrufen werden. Dies sieht das in der letzten Woche vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz zur besseren Bekämpfung von unerlaubter Telefonwerbung vor. Außerdem sollen Verstöße gegen das Verbot der unerlaubten Telefonwerbung künftig mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Darüber hinaus wird die Rufnummernunterdrückung bei Werbung mit einem Telefonanruf verboten und Verstöße hiergegen ebenfalls mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro geahndet, teilte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz mit. Nach seiner Auskunft gilt die Widerrufsmöglichkeit auch für telefonisch geschlossene Verträge über die Lieferung von Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierten sowie über die Erbringung von Wett- und Lotterie-Dienstleistungen. Schwanitz beurteilt die Verabschiedung des Gesetzes als "großen Fortschritt für die Verbraucherrechte". Hintergrund der Gesetzesinitiative der Regierungskoalition ist die Tatsache, dass sich unerwünschte Telefonwerbung in der letzten Zeit zu einem die Verbraucher erheblich belästigenden Problem entwickelt hat. Nicht nur ältere Menschen berichten im Zusammenhang mit Telefonwerbung immer häufiger von "untergeschobenen" Verträgen. "Zwar ist die Werbung mit Telefonanrufen bereits nach geltendem Recht rechtswidrig, wenn sie ohne Einwilligung erfolgt. Die Durchsetzung dieses Rechts stößt in der Praxis jedoch häufig auf Schwierigkeiten. Meist liegen die erforderlichen Angaben zu dem Anrufer gar nicht vor, oder es gibt Streit über die vorherige Einwilligung. Damit ist nun Schluss.", erläuterte Schwanitz. Der Gesetzentwurf muss jetzt noch zur Schlussberatung in den Bundesrat.



Rolf Schwanitz zu Besuch bei der Wismut in Ronneburg

Folgefragen der Wismut

Bis 2015 sollen die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen der Wismut-GmbH erledigt sein. Nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz gibt es allerdings auch nach der erfolgreichen "Erledigung" dieses gesetzlichen Auftrages noch weiterreichendere Aufgaben im Zusammenhang mit der Wismut-Problematik. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich der Bund, die Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie die von der Sanierung betroffenen Gemeinden dieser Aufgaben annehmen sollten. Über diese "Folgefragen der Wismut" wird in den nächsten Jahren politisch entschieden werden. Als ein Anstoß für eine offene Diskussion hat Rolf Schwanitz eine Denkschrift (www.rolf-schwanitz.de/wismut-papier.pdf) verfasst. Er sagte: "Ich setze mich dafür ein, offen zu diskutieren und die Entscheidungen im Wissen um die Bedeutung der Wismut-Problematik für unsere Vergangenheit und Zukunft zu treffen. Denn sowohl der Bund als auch die betroffenen Länder stehen hier in politischer Verantwortung."

Kein Verbot des Versandhandels mit Arzneimitteln

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Rolf Schwanitz, hat sich in einem Interview mit dem Brancheninformationsdienst "apotheken adhoc" klar gegen ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Medikamenten ausgesprochen. Schwanitz betonte, dass besonders chronisch kranke, nicht mobile Menschen und Berufstätige von der Möglichkeit profitieren, Arzneimittel per Versand zu bestellen. Ein Verbot des vor über fünf Jahren eingeführten Arzneimittelversands halte er zudem für verfassungswidrig. Allerdings sprach sich Schwanitz gegen einen Wildwuchs von Bestell- und Abholservices für Arzneimittel außerhalb von Apotheken aus und bezeichnete Kioske oder

Tankstellen als ungeeignete Pickup-Stellen. Schwanitz sagte: "Wir beobachten die Entwicklung sehr aufmerksam. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Bestell- und Abholservices für Arzneimitteln in dm-Drogeriemärkten zulässig sind. Es hat betont, dass die Verantwortung für die Abgabe von Arzneimitteln auch dort beim versendenden Apotheker verbleibt und die dm-Drogeriemärkte nur als reine Mittler einer Transportkette in Erscheinung treten. Diese Form des Versandhandels hält das Gericht für mindestens ebenso



© Siggibau/PIXELIO

sicher wie den klassischen Versandhandel mit Individualzustellung. Ein Verbot hält es für verfassungsrechtlich nicht zulässig. Das Bundesministerium für Gesundheit hat ungeachtet dessen unlängst Vorschläge für präzisere Anforderungen an die Bestell- und Abholservices unterbreitet, die leider nicht auf die Zustimmung der ABDA gestoßen sind."

Kurz kommentiert

Politik ist ein Mix aus Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß

Dieser berühmte Satz von Max Weber hat seine Gültigkeit bis heute nicht verloren. Allerdings muss er der Politik zunehmend ins Stammbuch geschrieben werden. Denn Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß kommen durch den Hang zum Populismus immer stärker unter die Räder. Das jüngste Beispiel dafür lieferte der bayrische Ministerpräsident und sein Sprachrohr Söder in Sachen Gesundheitspolitik. Was kümmern da das Verhalten und die Erkenntnisse von gestern. Seit die CSU zu Hause die absolute Mehrheit verloren hat, ist Politik nur noch das, was der bayrischen Ärzteschaft gefällt. Denn schließlich darf sich das Votum gegen die CSU bei der Europawahl nicht wiederholen. So feiert in einigen bayrischen Arztpraxen das Chaos fröhliche Urstände: Arztbehandlung gegen Vorkasse, Nötigung von Patienten in Hausarztverträge, Aufforderung zur Manipulation von Krankenakten. Hat da der bayrische Gesundheitsminister nicht die Rechtsaufsicht? Ja, aber egal, Hauptsache man kann den bayrischen Zorn aus der Region weg und hin nach Berlin lenken. Im 19. Jahrhundert suchten die Monarchen mit dem Ausland den Krieg, wenn es innenpolitisch zu schwierig wurde. Die politischen Rezepte haben sich bei der CSU wenig geändert. Natürlich wird sich später die Rhetorik wieder versachlichen. Beschädigt dabei bleibt vor allem eines – die Demokratie.

Rolf Schwanitz



Bürger entlasten

Im Deutschen Bundestag wurde Mitte März über die steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen für eine Kranken- und Pflegeversicherung diskutiert. Grundlage der Debatte war ein von der Regierungskoalition vorgelegter Gesetzentwurf. Dieser sieht vor, dass ab

Januar 2010 die Beiträge für eine Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich deutlich besser geltend gemacht werden können als bisher. Konkret ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen, alle Aufwendungen für eine Kranken- und Pflegeversicherung auf dem Niveau

der entsprechenden gesetzlichen Versicherung vollständig als Sonderausgaben zu berücksichtigen. Beiträge zur Krankenversicherung für Ehepartner, eingetragene Lebenspartner und Kinder sind ebenfalls von der Steuerbefreiung erfasst. Insgesamt werden die Bürger dadurch um 9,3 Mrd. Euro jährlich entlastet. Mit dem Gesetzentwurf wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, das entschieden hatte, dass Beiträge zu einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die SPD hatte in der Regierungskoalition durchgesetzt, dass die verbesserte Regelung auch für gesetzlich Versicherte gilt.



Versicherte sollen bei den Beiträgen entlastet werden

Erlebnisreiche Tage in Berlin



Anfang März lud Rolf Schwanitz wieder nach Berlin ein. Zu den Gästen gehörten dieses Mal u. a. die Naturfreunde Vogtland und Jugendliche aus dem Jugendfreizeitzentrum Markneukirchen. Wie immer gab es ein umfangreiches Programm. Am ersten Tag besuchte die Gruppe eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. Gleich danach traf sie sich mit Rolf Schwanitz. Die erste Frage an den vogtländischen Bundestagsabgeordneten war dann gleich zur besuchten Sitzung –

der Saal war an diesem Mittwochnachmittag nicht gut gefüllt. Rolf Schwanitz erklärte daraufhin die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages. Während der Sitzungswochen des Bundestages tagen mittwochs die Ausschüsse. Die meiste inhaltliche Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet, daher sind die Abgeordneten dann da. Weiter wurde diskutiert über die Finanzmarktkrise, die Angleichung der Lebensverhältnisse und den Mindestlohn. Am zweiten Tag lernten die Besucher während einer Stadt-

rundfahrt die wichtigsten Sehenswürdigkeiten Berlins kennen. Danach ging es ins Bundesumweltministerium. Hier waren der Klimaschutz und nachhaltiges Leben die Hauptthemen. Anschließend wurde im Deutschen Dom eine Ausstellung zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland besucht. Am dritten Tag war die Gruppe im Jüdischen Museum in Berlin. Auf der Heimfahrt herrschte bei den Reiseteilnehmern Einigkeit: Es waren drei erlebnisreiche und informative Tage in Berlin.

Kurz gemeldet

Fusion zum Vogtländischen Fußball- und Bewegungsspielclub (VFuBC)

Überraschung in der Sportregion Vogtland: Nach gut unterrichteten Kreisen reden die beiden vogtländischen Fußballvereine VfC Plauen und VfB Auerbach bereits seit mehreren Wochen über eine Fusion der beiden Clubs ab der Saison 2009/2010. Man sei in den Verhandlungen auf gutem Wege und schon erstaunlich weit gekommen. Verhaken geben es nunmehr lediglich noch bei der Frage, welches Bier bei der Fusionsfeier ausgeschenkt wird.

Betriebsrätepreis

Die Zeitschrift "Arbeitsrecht im Betrieb" lobt in diesem Jahr erstmals den "Deutschen Betriebsräte-Preis" aus. Unter dem Motto "Erfolgreiche Betriebsratsarbeit in Krisenzeiten" werden Initiativen und Projekte ausgezeichnet, die beispielhaft sind für den Einsatz von Betriebsräten im Interesse der von ihnen vertretenen Mitarbeiter. Die Auszeichnung will Betriebsräte motivieren, sich weiter aktiv, kreativ und gestaltend für die Bewältigung von Krisen und die Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Arbeitsplätzen einzusetzen. Gleichzeitig soll der Preis auch der Betriebsratsarbeit im Allgemeinen eine stärkere öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung verschaffen. Teilnahmeberechtigt sind Betriebsratsmitglieder, Betriebsratsgremien und Betriebsratskooperationen. Die Preisverleihung findet im Rahmen des "Bonner Betriebsräte Tages" am 7.10.2009 statt. Bewerbungsunterlagen und weitere Infos gibt es unter www.deutscherbetriebsraete-preis.de

Aufklärung zum Rechtsextremismus im Vogtland

Mit einer Dokumentation zum Rechtsextremismus im Vogtland wandte sich Rolf Schwanitz kürzlich an die Kreisräte. Er stellt das Papier aus öffentlichen Quellen. Er vertritt darin die Auffassung, dass Rechtsextremismus ein Einstellungsmuster ist, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und der Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. Schwanitz kommt zu dem Schluss,

dass es Rechtsextremismus auch im Vogtland gibt. Dazu dokumentiert er den Hass gegen Journalisten und Ermittler in rechtsextremen Foren und schildert einen Brandanschlag in Mylau als Beleg rechtsextremer Gewalt. Er verweist auf eine NPD-Veranstaltung in Reichenbach, in deren Anschluss Rechtsextreme aus dem Vogtland, so auch die Kreisräte Nicole Fortak und Olaf Martin, aus der für sie "bürgerlichen" NPD austraten. Anfang 2009 erfolgte die Gründung des Vereins "Freies Nationales Bündnis", in welchem Fortak und Martin mittlerweile organisiert sind. Schwanitz verweist auf die Website des "Schwarzen Ordens", für die Olaf Martin verantwortlich war. Der "Schwarze Orden" fungiert als Portal für

rechtsextreme Websites des Vogtlandes und ist an die Symbolik der Waffen-SS angelehnt.



Rolf Schwanitz zeigt Flagge gegen Rechts

Oschatz: Weichen für die Wahlen gestellt



Die sächsische SPD hat auf ihrer Landeswahlkonferenz am 7. März in Oschatz die programmatischen und personellen Weichen für die bevorstehende Landtags- und Bundestagswahl gestellt. Das SPD-Regierungsprogramm für Sachsen wurde ohne Gegenstimmen von den Delegierten verabschiedet. "Mit dem Regierungsprogramm, das Schwerpunkte für die Bereiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss, gute Bildung und soziale Demokratie für Sachsen setzt, wird die SPD mit

einem klaren Profil im Wahlkampf erkennbar sein", so der SPD-Landesvorsitzende Thomas Jurk, der mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt wurde. Ihm folgen auf der Liste die sächsische Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Martin Dulig. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee führt erwartungsgemäß die SPD-Liste zur Bundestagswahl an. Die Dresdner Bundestagsabge-

ordnete Marlies Volkmer folgt hier auf Platz 2 und Rolf Schwanitz steht auf Platz 3. Schwanitz sagte: "Ich freue mich über mein gutes Wahlergebnis von 80,7 Prozent. Die Landeswahlkonferenz hat gezeigt, dass die sächsische SPD mit großer Geschlossenheit in den Wahlkampf zieht. Wir haben in der Regierung viel erreicht und wollen diese gute Arbeit fortsetzen. Sowohl im Bund als auch in Sachsen geht es darum, schwarz-gelb zu verhindern. Dafür werden wir kämpfen."

Vor 20 Jahren

1.4.1989: In der DDR tritt eine neue Reiseordnung in Kraft: Jetzt können auch Ehepartner Reisen zu angeheirateten West-Verwandten beantragen

8.4.1989: Grenzsoldaten der DDR beenden am Berliner Grenzübergang Chausseestraße einen Fluchtversuch durch Schusswaffeneinsatz

12.4.1989: Mehrere Reformer werden in das Politbüro der ungarischen KP aufgenommen

16.4.1989: DDR-Oppositionelle kündigen an, die bevorstehenden Kommunalwahlen zu boykottieren

17.4.1989: In Polen wird die Gewerkschaft Solidarnosc nach ihrem Verbot im Jahr 1981 wieder legalisiert

18.4.1989: In der Leipziger SED-Führung wird über den Einsatz von Kampfgruppen gegen oppositionelle Demonstranten beraten

22.4.1989: In Peking demonstrieren Studenten für das Recht, die Partei- und Staatsführung kritisieren zu dürfen

25.4.1989: Aus "Alters- und Gesundheitsgründen" scheidet ein Viertel der bisherigen Mitglieder und Kandidaten aus dem ZK der KPdSU aus

27.4.1989: In der DDR werden Oppositionelle, die Flugblätter gegen die Atomenergie verteilt haben, wegen "Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit" inhaftiert

29.4.1989: Im Vorfeld der Kommunalwahlen in der DDR werden zahlreiche Ausreisewillige aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen

Lesen bewegt - gemeinsam 3.000 Schritte extra



Zusammen mit Monika Ziller, Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bibliothekenverbandes und Heinrich Riethmüller, Mitglied des Vorstandes des Börsenvereins, gab Rolf Schwanitz am 13. März auf der Leipziger Buchmesse den Startschuss für die Aktion "Lesen bewegt – gemeinsam 3.000 Schritte extra". Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Aktion

und Buchhandlungen im ganzen Bundesgebiet noch bis Oktober 2009 zu eigenen gesundheitsbewussten Veranstaltungen und 3.000-Schritte-Spaziergängen einladen. "Da Lesen viel mit geistiger Beweglichkeit zu tun hat und Bibliotheken Orte sind, an denen Menschen sich begegnen, bieten wir mit dieser Aktion an, die Bibliothek für die aktive gesundheitliche Prä-

vention zu öffnen.", begründete der Deutsche Bibliotheksverbands, des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und des Bundesministeriums für Gesundheit, bei der teilnehmende Bibliotheken

vention zu öffnen.", begründete der Deutsche Bibliotheksverband seine Teilnahme an der Aktion. Rolf Schwanitz rief den Buchhandel und die Bibliotheken auf, die Aktion zu unterstützen: "Dafür gibt es ein kostenloses Aktionspaket mit Tipps, Anregungen, Muster für Pressemitteilungen und Ideen. So könnten beispielsweise eine begleitende Ausstellung oder eine Lesung organisiert bzw. ein 3000-Schritte-Spaziergang von der Bibliothek oder der Buchhandlung ausgehend angeboten werden. Das Paket enthält dazu Anleitungen, Anregungen für Themenabende und Werbematerial wie z. B. Eindruckflyer, -plakate oder Postkarten. Auch ein Schrittzähler zum Ausmessen der Strecke ist im Aktionspaket enthalten."

Änderungen im Arzneimittel- und Medizinprodukterecht geplant

Der Deutsche Bundestag beriet am 19. März zwei in der Zuständigkeit des Parlamentarischen Staatssekretärs Rolf Schwanitz liegende Gesetzentwürfe, die im Wesentlichen Änderungen von arzneimittelrechtlichen und medizinproduktrechtlichen Vorschriften zum Inhalt haben. So ist im Arzneimittelrecht unter anderem geplant, Strafbarkeitslücken beim Anwendungsverbot bedenklicher Arzneimittel zu schließen und Arzneimittelfälschungen besser zu bekämpfen. Außerdem sieht einer der Gesetzentwürfe ergänzende Regelungen zu Wahlтарifen zum Krankengeld, zur Sozialspsychiatrievereinbarung sowie zur elektronischen Gesundheitskarte vor. So soll bestimmten Personen-

gruppen als zusätzliche Option neben den Wahlтарifen ermöglicht werden, gegen Zahlung des allgemeinen anstelle des ermäßigten Beitragssatzes wieder einen gesetzlichen Krankengeldanspruch ab der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit zu erhalten. Im Medizinproduktebereich soll die Patientensicherheit weiter verbessert werden. Geplant ist hier, die bisher unterschiedlichen Voraussetzungen für klinische Prüfungen



© Michael Bührke/PIXELIO

von Arzneimitteln und Medizinprodukten anzugleichen und die Zuständigkeiten künftig im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zu bündeln. Voraussetzung für eine klinische Prüfung soll die Genehmigung durch eine Bundesoberbehörde sowie eine zustimmende Bewertung der Ethik-Kommission sein.

Kurz gemeldet

Geringerer Zuwachs bei den Versicherten in der privaten Krankenversicherung

Zum Jahresende 2008 waren in Deutschland 8,62 Millionen Menschen privat versichert, 69.800 mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs resultiert teilweise auf vorher nicht-versicherte Personen (20.900). Der Netto-Neuzugang ohne diesen Sondereffekt lag bei 48.900 Personen, 18 Prozent weniger als 2007 und 58 Prozent weniger als 2006. Der Verband der privaten Krankenversicherer machte die Gesundheitsreform der großen Koalition für diesen Rückgang verantwortlich.

"Kommunal-Kombi" auch im Vogtlandkreis

Das Bundesministerium der Finanzen hat dem Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Änderung der Förderrichtlinie zum Kommunal-Kombi zugestimmt. Die neue Förderrichtlinie wird voraussichtlich noch Anfang April im Bundesanzeiger veröffentlicht. Ab dann können Langzeitarbeitslose im gesamten Vogtlandkreis und nicht nur in der Stadt Plauen gefördert werden. Außerdem werden die individuellen Zugangsvoraussetzungen für die Teilnehmer des Bundesprogramms gelockert. Um daran teilnehmen zu können, müssen die Arbeitslosen nicht mehr mindestens 24, sondern nur noch länger als 12 Monate ohne Arbeit sein. Damit können wesentlich mehr Langzeitarbeitslose als bisher vom Bundesprogramm profitieren. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft die Kommunen im Vogtlandkreis dazu auf, das Angebot zu nutzen und das Programm zügig umzusetzen.

Spannende Diskussion über den Fußball im Osten

Am 10. März veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung unter der Frage "Geld schießt keine Tore?" eine Diskussion über den Fußball im Osten. Das Thema ging auf eine Anregung von Rolf Schwanitz zurück, der sich deshalb die Begrüßung nicht nehmen ließ. Trotz der Absage von DFB-Vizepräsident Moldenhauer war das Podium hochkarätig besetzt. Klaus Reichenbach, Präsident des Sächsischen Fußballverbandes, Bernd Stubenrauch, Aufsichtsratsvorsitzender des VFC Plauen und Jörg Sachse, Geschäftsführer der Sternquell Brauerei, diskutierten unter der Moderation des Journalisten Gottfried Indlekofer. Über die Bedeutung des Finanziellen für den Fußball, also darüber, dass Geld eben doch Tore schießt, war man sich rasch einig. Schwerpunkt des Abends waren die Insolvenz von FC Sachsen

Leipzig, die Neuverteilung der Fernsehgelde und das Thema Gewalt in den Stadien. Jörg Sachse machte klar,

dass die gewaltsamen Ausschreitungen in den Stadien auch das Sponsoring der Brauereien gefährdet. Denn kein Sponsor will sich mit diesen Chaoten in Verbindung bringen lassen. Genauso wichtig wie ein Polizeieinsatz mit Augenmaß ist dabei eine gezielte Fan-Arbeit, wie sie auch in Plauen geschieht. Harsche Kritik hagelte es wegen der Benachteiligung der vierten Liga bei den Fernsehgeldern. Hier schottet der DFB die



oberen Ligen ab gegen die unteren Vereine. VFC-Präsident Uwe Täschner sprach sich nachdrücklich für die Aufnahme von Zuschauer-Traversen in die sächsische Sportförder-Richtlinie aus. Ohne eine solche Förderung können die Vereine die immer höheren Anforderungen des DFB nicht mehr erfüllen. Rolf Schwanitz resümierte: "Diese Veranstaltung hat sich gelohnt. Wir werden am Ball bleiben."

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

3.4.2009, 18 Uhr, Landesvorstand der SPD-Sachsen in Dresden

8.4.2009, 16 Uhr, Treffen mit der Bürgerinitiative Lärmschutz A72 in Plauen

18.4.2009, 10 Uhr, Einweihung Biogasanlage Lehmann Maschinenbau GmbH in Helmsgrün

21.4.2009, 10 Uhr, Arbeitsgruppe Gesundheit

21.4.2009, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion

22.4.2009, 10 Uhr, Ausschuss für Gesundheit

25.4.2009, 14 Uhr, Azubi-Tag des Verbandes der medizinischen Fachberufe in Berlin

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Plauen, Montag,
27.4.2009, 13 bis 15 Uhr,
Wahlkreisbüro Rolf
Schwanitz MdB, Frei-
heitsstraße 13

Reichenbach, Montag,
27.4.2009, 16 bis 17 Uhr,
SPD-Büro, Weststraße 14

Ehrenamtliche Arbeit stärker unterstützen

Andreas Oberlein, SPD-Kandidat im Wahlkreis 4 "Vogtland 3" stellt sich vor:

Ich bin 50 Jahre alt, seit 26 Jahren verheiratet und habe einen 21jährigen Sohn. Seit Jahrzehnten bin ich als SPD-Stadtrat, als Ortsvorsteher meines Wohnortes Coschütz und als Vizepräsident eines Sportvereins ehrenamtlich tätig. Dabei war ich über 14 Jahre Übungsleiter im Kinder- und Jugendbereich. Meine bisherigen Erfahrungen in diesen Ehrenämtern will ich zukünftig in die Landespolitik einbringen. Als Gymnasiallehrer und Mittelschullehrer habe ich über 25 Jahre schulpraktische Erfahrungen. Das sächsische Schulsystem, mit all seinen Vor- und Nachteilen, ist mir bestens bekannt. Durch die verantwortliche

Arbeit im Verein und der selbständigen unternehmerischen Tätigkeit meiner Frau habe ich ständig Kontakt mit vielen anderen Berufsgruppen. Ich stehe für die Einheit von Wort und Tat, Ehrlichkeit und Optimismus. Als überzeugter Demokrat möchte ich, wenn notwendig lautstark, aufzeigen, dass die Basis auch in der heutigen Zeit die Grundlage für viele politische Entscheidungen sein sollte. Mein politisches Wirken möchte ich weiterhin im Interesse der Bürger fortsetzen. Zukünftig nicht nur, wie bisher, für die Menschen in meinen Wohnort, sondern darüber hinaus für alle Bürger meiner Region Nordvogtland und gewissermaßen auch für unsere sächsische Heimat. Ein wichtiges Ziel ist es für mich, ehrenamtliche und für unsere Gesell-



Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört, der Westerwelle war zum politischen Aschermittwoch bei der FDP in Plau.

Na klar ha i des gehört Moritz. Der ganze Treffer war voll, mehr als 700 Teilnehmer hat de FDP geschriewe.

Un en richtiche Schub für das Plauener Wendedenkmal hat des och gleich gebracht Maxe!

Wieso'n des Moritz?

Na haste de Presseerklärung vom Günther net gelese Maxe? Die ham uff derer Veranstaltung glei fürs Wendedenkmal gesammelt un insgesamt 568 Euro zussamme gebracht.

568 Euro bei 700 Leit Moritz? Des sinn ja grademal 0,81 Euro pro Nase. Ich frach mich bloß, ob die och genug Wechselgeld mit dabei hatten!

schaft Tätige mehr zu unterstützen und deren Bedeutung für alle mehr hervorzuheben. Neben der Förderung des Vereinslebens und des Ehrenamtes werde ich mich für eine weltoffene und moderne Schulbildung für jedes Kind, eine Öffnung der Schule für alle Bereiche der Gesellschaft, eine stärkere Durchlässigkeit des Schulsystems sowie die Einführung und Stärkung der Bedeutung des Faches Wirtschaft - insbesondere des unternehmerischen Verständnisses der Schüler - einsetzen. Wichtig ist mir zudem eine bezahlbare flexible Kinderbetreuung für jedes Kind, in jeder Kommune und zu jeder Zeit durch Förderung privater und gut ausgebildeter Tagesmütter.